



Niederschrift

50. Öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen

Sitzungstermin:	Dienstag, 23.05.2006
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	21:25 Uhr
Ort, Raum:	Hegelallee, Haus 1, Raum 405

Anwesend sind:

Herr Jäkel, Ralf	DIE LINKE. PDS	
Herr Kutzmutz, Rolf	DIE LINKE. PDS	Leitung der Sitzung
Frau Oldenburg, Brigitte	DIE LINKE. PDS	
Herr Kümmel, Harald	SPD	
Herr Mühlberg, Andreas	SPD	
Herr Cornelius, Wolfgang	CDU	
Herr Lehmann, Peter	CDU	
Frau Hüneke, Saskia	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Bankwitz, Ute	BürgerBündnis/FDP	
Herr Blaser, Franz	SPD	
Herr Gernhardt, Thomas	BürgerBündnis	ab 18.12 Uhr TOP 3.1
Herr Dr. Jacob, Timo	DIE LINKE. PDS	
Herr Kleinert, Manfred	DIE LINKE. PDS	
Frau Reimers, Babette	SPD	
Herr Roos, Karl-Heinz	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Träger, Hans-Otto	DIE LINKE. PDS	
Frau Dr. von Kuick-Frenz, Elke, Beigeordnete		
Frau Kropp, Viola	Ausschussbetreuerin	

Nicht anwesend sind:

Herr Dr. Seidel, Christian	SPD	entschuldigt
Herr Blank, Stephan	CDU	nicht anwesend
Herr Pieper, Ronald	CDU	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Verständigung zur Tagesordnung
- 2 Bestätigung des Protokolls vom 09.05.2006
- 3 Überweisungen - Vorlagen der Verwaltung
- 3.1 Billigung der Abwägung, Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan SAN-P 11 'Block 21 - Nordbereich' (Wiedervorlage)
Vorlage: 06/SVV/0241

FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

- 3.2 Beschluss zur öffentlichen Auslegung des Bebauungsplans Nr. 8 Griebnitzsee (Wiedervorlage)
Vorlage: 06/SVV/0394
FB Bauplanung und Bauordnung
- 3.3 Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 34 - 1 Ribbeckstraße / Blumenstraße (Wiedervorlage)
Vorlage: 06/SVV/0390
FB Stadtplanung und Bauordnung
- 3.4 Berliner Straße
- 3.4.1 Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 35-3 Schwanenallee / Berliner Straße (Wiedervorlage)
Vorlage: 06/SVV/0388
FB Stadtplanung und Bauordnung
- 3.4.2 Denkmalgerechte Sanierung Villa Schöningen (Wiedervorlage)
Vorlage: 05/SVV/1009
Fraktion Grüne/B90
- 3.5 Billigung der Abwägung und Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 99 'Horstweg Ost' (Wiedervorlage)
Vorlage: 06/SVV/0296
FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
- 3.6 Billigung der Abwägungsergebnisse, Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 81 Park im Bornstedter Feld und Billigung der Gesamt-Eingriffs-Ausgleichs-Bilanzierung Bornstedter Feld mit 2 Fortschreibungen (Wiedervorlage)
Vorlage: 06/SVV/0364
FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
- 3.7 Billigung der Abwägungsergebnisse und Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 80.1 Rote Kaserne West / Biosphäre (Wiedervorlage)
Vorlage: 06/SVV/0365
FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
- 3.8 Eigenheimsiedlung an der Kirschallee
- 3.8.1 Billigung der Abwägung und Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan 54 A Eigenheimsiedlung an der Kirschallee (Wiedervorlage)
Vorlage: 06/SVV/0369
FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
- 3.8.2 Billigung der Abwägung und Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan 54 B Nördliche Eigenheimsiedlung an der Kirschallee (Wiedervorlage)
Vorlage: 06/SVV/0371
FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
- 3.9 Kooperationsvereinbarung Landtagsneubau (Wiedervorlage - vorbehaltlich der zwischenzeitigen Befassung durch den Beirat 'Potsdamer Mitte')
Vorlage: 06/SVV/0406
FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
- 3.10 Kinderspielplatzsatzung der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 06/SVV/0290
FB Grün- und Verkehrsflächen

mit Änderungsantrag der Fraktion FAMILIEN-PARTEI

- 3.11 22. Änderung des Flächennutzungsplans und Auslegungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 32 Innovationspark Michendorfer Chaussee
Vorlage: 06/SVV/0368
FB Stadtplanung und Bauordnung
- 3.12 Aufhebung des Satzungsbeschlusses vom 01.04.1997 und erneuter Abwägungs- und Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 4 Gewerbegebiet 2, OT Satz Korn
Vorlage: 06/SVV/0381
FB Stadtplanung und Bauordnung
- 3.13 Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 106 An der Hauptstraße/Haseleck, OT Marquardt
Vorlage: 06/SVV/0389
FB Stadtplanung und Bauordnung
- 3.14 Umstufung der Bundesstraße 1 im Bereich der Potsdamer Mitte
Vorlage: 06/SVV/0405
FB Ordnung und Sicherheit
- 4 Überweisungen - Anträge der Fraktionen
- 4.1 Konzepte für wichtige Straßenbaumaßnahmen
Vorlage: 06/SVV/0237
Fraktion Grüne/B90
- 5 Mitteilungsvorlagen
- 5.1 Radweg Drewitzer Straße
Vorlage: 06/SVV/0417
FB Grün- und Verkehrsflächen
- 6 Berichte und Informationen
- 6.1 Berichterstattung zum Arbeitsstand der AG Natursteinpflasterstraßen (sh. Bitte Fraktion Bündnis 90/Grüne im SB-Ausschuss 17.1.06)
FB Grün- und Verkehrsflächen
- 6.2 BE zum Ausbavorhaben 'Nuthedamm' in Drewitz
FB Grün- und Verkehrsflächen
- 6.3 BE aus der übergreifenden Arbeitsgruppe 'Werbesatzungen' (sh. Festlegung im SB-A. 21.2.06)
FB Stadtplanung und Bauordnung
- 6.4 Information zur Neuaufstellung des FNP
FB Stadtplanung und Bauordnung
- 6.5 BE zum Stand der Erarbeitung des Entwurfs einer Denkmalbereichssatzung für den historischen Dorfkern von Kartzow (sh. Beschluss 04/SVV/0723)
FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
- 6.6 BE Erarbeitungsstand Analyse des Einsatzes öffentlicher Mittel im Bereich der Stadtentwicklung für den Zeitraum seit 1990 gem. Beschluss STVV 05/SVV/0708
- 7 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Verständigung zur Tagesordnung

Herr Kutzmutz übernimmt die Sitzungsleitung; begrüßt die Anwesenden und entschuldigt Herrn Dr. Seidel. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Zur Tagesordnung bzw. zum Verfahren schlägt der Ausschussvorsitzende vor:

- Die aus der letzten Sitzung übertragenen Vorlagen sollten nicht noch einmal bei „Null“ begonnen werden, sondern nur ggf. neue Erkenntnisse aus den Fraktionen in die Diskussion einfließen.
- Zur Vorlage TOP 3.2 – 06/SVV/0394 - Beschluss zur öff. Auslegung des B-Planes Nr. 8 „Griebnitzsee“ hat Herr Raffauf (Initiative Griebnitzsee für Alle) Rederecht beantragt.
- Die Vorlage 06/SVV/0406 – Kooperationsvereinbarung Landtagsneubau (TOP 3.9) ist mit der Bitte um Abgabe einer Empfehlung an den Beirat „Potsdamer Mitte“ überwiesen worden. Herr Wendel wird vertretend für den Beirat „Potsdamer Mitte“ über das Ergebnis berichten. Der TOP sollte vorgezogen werden, wenn Herr Wendel anwesend ist.
- Zusätzlich wird empfohlen, die DS 06/SVV/0405 – Umstufung der Bundesstraße 1 im Bereich der Potsdamer Mitte (TOP 3.14)– im Zusammenhang mit der Vorlage 06/SVV/0406 zu behandeln.
- Zur BE aus der übergreifenden Arbeitsgruppe „Werbbesatzungen“ (TOP 6.3) wurde durch Herrn Dr. Seidel die Bitte um Verschiebung auf eine Juni-Sitzung übermittelt.
- Die BE zum Arbeitsstand der AG Natursteinpflasterstraßen wird in Abstimmung zwischen der Verwaltung und der Fraktion Bündnis 90/Grüne auf die September-Sitzung verschoben.

Frau Hüneke kündigt an, dass Frau Mühl-Jäckel Rederecht zur Villa Schöningen erhalten möchte. Im Moment ist Frau Mühl-Jäckel jedoch noch nicht anwesend.

Seitens der Teilnehmer erfolgt Zustimmung zu den v.g. Vorschlägen.

zu 2 Bestätigung des Protokolls vom 09.05.2006

Der Entwurf des Protokolls der Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen vom 9.5.2006 liegt den Teilnehmern vor. Ergänzungs- oder Änderungswünsche werden nicht vorgebracht.

Der SB-Ausschuss bestätigt das Protokoll der Sitzung vom 9.5.06.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	2

zu 3 Überweisungen - Vorlagen der Verwaltung

zu 3.1 Billigung der Abwägung, Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan SAN-P 11 'Block 21 - Nordbereich' (Wiedervorlage)

Vorlage: 06/SVV/0241

FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

Frau Dr. von Kuick-Frenz nimmt Bezug auf die Entscheidung des Ausschusses

Banken in den Kerngebieten 1 und 3 auszuschließen.

Herr Klosa (FB Stadtplanung und Bauordnung) erläutert dazu, dass diese Änderung im vereinfachten Verfahren nicht möglich sei, weil es sich um einen Grundzug der Planung handelt. Die Betroffenenbeteiligung ohne Auslegung ist nicht möglich. Um dem Votum des Ausschusses Rechnung zu tragen, wird eine erneute Auslegung – nach neuem Recht mit Umweltprüfung – vorbereitet. Damit ist in diesem Jahr jedoch nicht mehr zu rechnen. Zur rechtlichen Situation macht er deutlich, dass bei Änderung des Verfahrens bis zum Eintritt der Planreife Vorhaben nach dem § 34 BauGB behandelt werden müssen. Eine Steuerung sei, wenn überhaupt, nur über die Sanierungssatzung möglich.

Durch Herrn Lehmann (FB Stadterneuerung und Denkmalpflege) wird bestätigt, dass im MK 1 keine Banken möglich wären, da die sanierungsrechtliche Genehmigung nicht erteilt werden würde.

Nach kurzen weiteren Verständigungen zwischen den Teilnehmern **bleibt der SB-Ausschuss bei seiner bereits in der Sitzung am 25.4.2006 abgegebenen Beschlussempfehlung. Eine nochmalige Abstimmung ist nicht erforderlich.**

Es wird festgestellt, dass mit dieser Beschlussfassung eine Neuauslegung erforderlich wird.

zu 3.2 Beschluss zur öffentlichen Auslegung des Bebauungsplans Nr. 8 Griebnitzsee (Wiedervorlage)

Vorlage: 06/SVV/0394

FB Bauplanung und Bauordnung

Frau Holtkamp (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) verweist auf die ausgereichte Tischvorlage und erläutert die in der Vorlage vorgenommenen Änderungen (Ergänzung der finanziellen Auswirkungen, Farbfassung des Planes, Änderungen auf dem Grundstück Karl-Marx-Str. 25 und Virchowstr. 29) näher.

Herr Raffauf (Initiative Griebnitzsee für Alle) nimmt das Rederecht wahr (siehe auch ausgereichtes Papier).

Herr Limberg (Bereich Untere Denkmalpflege) bestätigt aufgrund der Nachfrage zur Abstimmung mit der Denkmalpflege, dass bereits zum Vorentwurf des B-Planes geäußert worden sei, den damals bestehenden Postenweg zum Ufer zu verschieben. Bzgl. der Bootsstege und –häuser erfolgten detaillierte Zuarbeiten grundstücksbezogen. Umfangreiche Begutachtungen/Prüfungen sind erfolgt.

Frau Holtkamp verweist auf die vorhandenen historischen Quellen, für die Konkretisierung der Bootshäuser und –stege ist auch die Frage des Landschaftsbildes mit zu berücksichtigen.

Zum Vergleich wird informiert:

historisch nachgewiesen alt 14 Stege und 22 Bootshäuser (36 Anlagen),
neu 9 Stege und 17 Bootshäuser (26 Anlagen).

Die weitere Diskussion der Teilnehmer geht in Richtungen, wie Möglichkeiten zur Ausgestaltung/Größe der Bootshäuser; Ausschluss einer Wohnnutzung; Sicherung des Weges bei Verlagerung etc.

Bzgl. der Ausgestaltung der Bootshäuser gibt es lt. Frau Holtkamp keine präzisen Vorgaben im B-Plan. Die Bootshäuser sind jedoch baugenehmigungspflichtig; die

Verträglichkeit wird unmittelbar mit den Fachbehörden abgestimmt werden. Zur Frage des Ausschlusses der Wohnnutzung teilt Frau Holtkamp mit, dass im B-Plan keine Bauflächen in den Bereichen festgesetzt worden sind, wo Bootshäuser möglich wären. Frau Holtkamp unterbreitet den Vorschlag eine ergänzende Formulierung zu finden, um den Ausschluss von Wohnen festzuschreiben. Zur Absicherung der Verlagerung des Uferweges wird darauf verwiesen, dass jeder Grundstückseigentümer einen Bauantrag stellen muss; hier wird eine Dienstbarkeit verlangt.

Im Rahmen der weiteren Diskussion kündigt Frau Hüneke einen Antrag an, in welchem die Höhe der Bootshäuser 8 m nicht überschreiten dürfen, es sei denn die historischen Vorbilder sagen etwas anderes aus. Weiterhin wird informiert, dass der OUL-Ausschuss der Vorlage mit 8/0/2 zugestimmt habe.

Frau Dr. von Kuick-Frenz informiert, dass der B-Plan, wie er jetzt ausgelegt wird, als Grundlage diene um dem Preis mit der BIMA zu verhandeln.

Der Ausschussvorsitzende erinnert an den Ergänzungsantrag von Herrn Dr. Seidel aus der vergangenen Sitzung: „Zum Satzungsbeschluss ist ein Vorschlag zur alternativen Trassenführung des Radweges für „Schnellfahrer“ vorzulegen.“ Hierzu hatte Herr Goetzmann informiert, dass er dem zustimme „die Alternative die Karl-Marx-Str. sei“.

Herr Jäkel informiert, dass der OUL-Ausschuss der Alternative Karl-Marx-Str. nicht zugestimmt habe.

Abstimmung des Ergänzungsantrages von Herrn Dr. Seidel: 8/0/1

Frau Dr. von Kuick-Frenz sichert für die Verwaltung zu, einen konkreten Formulierungsvorschlag bzgl. dem Ausschluss von Wohnen in Bootshäusern zur Hauptausschusssitzung vorzubereiten.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen

Der Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 8 „Griebnitzsee“ ist gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen (s. Anlage 2).

+ Bestätigung der mit den Austauschseiten ausgereichten Änderungen

+ ergänzende Festsetzung unter Punkt 4, dass die Bootshäuser ausschließlich zur Unterbringung von Booten zu nutzen sind. Die Verwaltung wird aufgefordert, bis zur STVV die entsprechende Stelle und die Formulierung zu konkretisieren. Der Vorschlag der Verwaltung sollte bereits zur Sitzung des Hauptausschusses in der nächsten Woche vorliegen.

+ Zum Satzungsbeschluss ist ein Vorschlag zur alternativen Trassenführung des Radweges für „Schnellfahrer“ vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	1
Enthaltungen:	0

zu 3.9 Kooperationsvereinbarung Landtagsneubau (Wiedervorlage - vorbehaltlich der zwischenzeitigen Befassung durch den Beirat 'Potsdamer Mitte')

Vorlage: 06/SVV/0406

FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

Herr Wendel (Mitglied des Beirates „Potsdamer Mitte“) übermittelt, dass die Kooperationsvereinbarung ausverhandelt sei und das Land keine Änderungen mehr wünscht. Für den Beirat „Potsdamer Mitte“ wird im Ergebnis des Umlaufverfahrens der SB-Ausschuss informiert, dass seitens des Beirates keine Bedenken zur Kooperationsvereinbarung als ausgehandeltem Kompromissvorschlag bestehen. Bedenken hat es zu einzelnen Teilen gegeben; hier erläutert Herr Wendel wie damit umgegangen werden könnte, um Mängel zu beheben.

Über den Rahmen der Kooperationsvereinbarung hinaus soll der Wille zum Ausdruck kommen, dass die Stadt am Gestaltfindungsprozess beteiligt werden sollte.

Aufgrund mehrerer durch einzelne Ausschussmitglieder vorgebrachte Änderungsbegehren, macht der Ausschussvorsitzende nochmals deutlich, dass es sich hier um eine ausverhandelte Vereinbarung handelt und deshalb kein Eingriff in die Inhalte möglich wären. Der SB-Ausschuss/die Mitglieder des SB-Ausschusses können durch Zustimmung bzw. Ablehnung der Gesamtvorlage ihre Meinung vertreten.

Herr Wendel macht bzgl. der vielfältig geäußerten Änderungswünsche nochmals deutlich, dass die Kooperationsvereinbarung den Willen regelt, wie man zusammenarbeiten will, um das Projekt zu entwickeln.

Frau Dr. von Kuick-Frenz teilt mit, dass parallel eine Vorlage zum Kaufvertrag im Finanzausschuss behandelt worden sei und dort Zustimmung gefunden habe.

Frau Hüneke kündigt an, ggf. einen Dringlichkeitsantrag des SB-Ausschusses einbringen zu wollen, in welchem die Stadt den Auftrag erhält, sich am Gestaltfindungsprozess zu beteiligen und die Durchführung eines Architekturwettbewerbes empfohlen wird. Sie wird sich hierzu mit den Vertretern des SB-Ausschusses in Verbindung setzen.

Auf die noch fehlende Anlage 3 (siehe § 3) angesprochen, informiert Frau Dr. von Kuick-Frenz, dass es sich hierbei um die Thematik archäologische Grabungen handelt; die Zeitschiene und Maßnahmen sollen aufgeführt werden. In der letzten Woche habe es ein Gespräch zwischen dem Oberbürgermeister und der Frau Ministerin Wanka gegeben; damit wird die Untersetzung im Detail (Summe ca. 2 ½ Mio.) einschl. Zeitplan vorbereitet werden. Die Verwaltung wird sich bemühen, die noch fehlende Anlage 3 am Dienstag allen Hauptausschussmitgliedern auszureichen.

Frau Oldenburg bittet die Beantwortung ihrer Frage nach den für die Stadt Potsdam möglicherweise auftretenden Risiken im Protokoll festzuhalten.

Frau Dr. von Kuick-Frenz informiert: „aus jetziger Sicht nicht, die Finanzierung ist abhängig – ein Zusammenspiel Stadt und Land. Dann kommen auf die Stadt keine finanziellen Risiken zu.“

Herr Lehmann (FB Stadterneuerung und Denkmalpflege) bestätigt, dass der Kaufvertrag sowie städtebauliche Vertrag Gegenstand der Vorlage sind, die im Finanzausschuss behandelt worden ist.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Landeshauptstadt Potsdam und das Land Brandenburg schließen auf der Grundlage des beigefügten Entwurfs unter dem Vorbehalt der Gewährung der erwarteten Fördermittel und einer gesicherten Gesamtfinanzierung eine Kooperationsvereinbarung ab.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Verhandlungen mit dem Land auf der Grundlage des beigefügten Entwurfs fortzuführen und abzuschließen. Änderungen und Ergänzungen grundsätzlicher Art, insbesondere solche, die mit zusätzlichen finanziellen Aufwendungen für die Stadt verbunden sind, bleiben der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung vorbehalten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	2
Enthaltungen:	2

zu 3.14 Umstufung der Bundesstraße 1 im Bereich der Potsdamer Mitte

Vorlage: 06/SVV/0405

FB Ordnung und Sicherheit

Die Einbringung der Vorlage erfolgt durch Herrn Schrewe (FB Ordnung und Sicherheit). Er informiert, dass die öffentliche Beteiligung im Amtsblatt veröffentlicht und 3 Monate laufen wird.

Frau Dr. von Kuick-Frenz ergänzt, dass das Umwidmungsverfahren Voraussetzung für das Genehmigungsverfahren sei.

Herr Wendel informiert, dass sich der Beirat „Potsdamer Mitte“ zum Teil mit dieser Frage beraten habe. Er unterbreitet das Angebot, den Protokollauszug TOP 2 diesem Protokoll als Anlage beizufügen.

Frau Hüneke stellt folgenden Ergänzungsantrag: 2. Um die so entstehende Widmung mittelfristig überarbeiten zu können, werden ergänzend andere Streckenführungen für die B1 über die Lange Brücke und Friedrich-List-Str. bzw. Friedrich-Engels-Str. untersucht und die Ergebnisse rechtzeitig der STVV mitgeteilt.

Herr Jäkel bittet seine Argumentation im Protokoll festzuhalten: „

- 1.) Die Umverlegung der B 1 ist **nicht** zwingende Voraussetzung für die Bebauung des Stadtschlossgrundstücks! Lediglich für eine vorgelagerte Bebauung in der jetzigen Friedrich-Ebert-Straße wäre so etwas erforderlich, aber eine zusätzliche Bebauung vor der aktuellen Baufront in dieser Straße ist m.E. weder sinnvoll noch erforderlich.
- 2.) Eine Anbindung der Friedrich-Ebert-Straße über die Schlossstraße (hinter dem Filmmuseum) halte ich nicht für sinnvoll und nicht für funktionsgerecht. Es ist durch Feinpositionierung der Straßenbahnhaltestelle möglich und sinnvoll, die Friedrich-Ebert-Str. auch nach erneuter Errichtung des Stadtschlusses direkt an die Kreuzung Breite Straße/Lange Brücke mit wenigstens einer Fahrspur in jede Richtung anzuschließen. Nur für Rechtsabbieger zur Breiten Straße wäre die Anbindung über die Schlossstraße denkbar.
- 3.) Die Umverlegung der B 1 in Dortu- und Yorckstr. bedeutet eine Verkehrsverlagerung von einem kaum bewohnten Straßenzug (Fr.-Ebert-Str.) in einem Bereich, der mehr als dreimal so viele Bewohner und zusätzlich ei-

ne Grundschule hat. Es ist nicht hinnehmbar, dass die Verwaltung bis jetzt nicht einmal weiß, wie viele Anlieger betroffen sein werden. Gegenüber etwa 25 betroffenen Wohnungen in der Fr.-Ebert-Str. sind ca. 127 Wohnungen in der Dortustr. und in der Yorckstr. betroffen, wie ich ermittelt habe.

- 4.) Ich kritisiere die negativen Auswirkungen: Beeinträchtigung des Stadtraumes im Bereich des Stadtkanals, nachhaltige Schädigung der Lebensbedingungen der Anwohner, Beeinträchtigung zahlreicher Baudenkmale, Beseitigung von fast 100 Parkplätzen der Innenstadt, damit Wirtschaftsschädigung für Handel, Gewerbe und Tourismus und nicht zuletzt Behinderung des Verkehrsflusses der wichtigsten Hauptstraßen im Zentrum der Stadt Potsdam

Auf die wesentlichen Bedenken der Fachbehörden weise ich hin.“

Der Ausschussvorsitzende informiert über die Beratung im Bildungs-/Sportausschuss am 17.5.06. Der Beschlusstext lautet: „Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt den Ausschüssen Ordnung, Umweltschutz und Landwirtschaft und Stadtplanung und Bauen bei der Behandlung der DS 06/SVV/0405 insbesondere die Problematik der Schulwegsicherung im Auge zu behalten.“ Abstimmungsergebnis: 12 Stimmen dafür

Herr Lehmann informiert über die Aussage der Verwaltung im OUL-Ausschuss, dass die Straßenqualität besser ist.

Frau Oldenburg stellt den Antrag auf Einzelabstimmung der beiden Beschlusspunkte: mit 3 / 4 / 2 abgelehnt.

Abstimmung des Ergänzungsantrages von Frau Hüneke:

Ergänzung eines 2. Beschlusspunktes: Um die so entstehende Widmung mittelfristig überarbeiten zu können, werden ergänzend andere Streckenführungen für die B1 über die Lange Brücke und Friedrich-List-Str. bzw. Friedrich-Engels-Str. untersucht und die Ergebnisse rechtzeitig der STVV mitgeteilt.

Abstimmungsergebnis: 9/0/0

ergänzter Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Für die Bundesstraße 1 wird im Bereich der Potsdamer Mitte ein Umstufungsverfahren durchgeführt.
2. Um die so entstehende Widmung mittelfristig überarbeiten zu können, werden ergänzend andere Streckenführungen für die B1 über die Lange Brücke und Friedrich-List-Str. bzw. Friedrich-Engels-Str. untersucht und die Ergebnisse rechtzeitig der STVV mitgeteilt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	2
Enthaltungen:	1

zu 3.3 Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 34 - 1 Ribbeckstraße / Blumenstraße (Wiedervorlage)

Vorlage: 06/SVV/0390

FB Stadtplanung und Bauordnung

Frau Holtkamp (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) verweist auf die als Tischvorlage ausgereichten Seiten (noch nicht ausgereichte Seiten 2 und 18 der Anlage 1 A sowie die überarbeitete Anlage 3 des Städtebaulichen Vertrages, hier bzgl. Anregung zur Dachdeckung in der vergangenen Sitzung) und gibt nähere Erläuterungen.

Der Ausschussvorsitzende erinnert an den ebenfalls in der letzten Sitzung gestellten Änderungsantrag von Herrn Dr. Seidel und zitiert aus dem Protokoll: „Der Beschlusstext möge ergänzt werden durch: 3. Die Detailplanung für den Parkplatz ist mit den Denkmalbehörden abzustimmen. Im Genehmigungsverfahren sind für den Parkplatz einschränkende Öffnungszeiten insbesondere in den Nachtstunden festzulegen.“ Dazu hat die Verwaltung, Herr Goetzmann, mitgeteilt, dass „die Abstimmungsprozesse laufen; sie sind jedoch nicht abgeschlossen. Er informiert weiterhin, dass die Baugenehmigung auch die denkmalrechtliche Erlaubnis beinhalten muss: Im Hinblick auf die Nachtzeiten werden Einschränkungen erfolgen; auch hier erfolgt der Detailabgleich mit dem Landesamt für Umweltschutz – ebenfalls Inhalt der Baugenehmigung.“

Herr Mühlberg informiert über die in der Fraktion geäußerten Bedenken zum Erscheinungsbild. Er verweist hier auf die Verwendung von roten Verblendern od. Klinkern. Besser sei hier keine Klinker zu verwenden, sondern Putzfassade. Er beantragt, auf S. 107, Pkt. 7, 74 den 2. Satz zu streichen und dafür einzusetzen: Es sind Putzfassaden zulässig. Sowie Änderung in der Tischvorlage – Streichung der Verblender.

Frau Dr. von Kuick-Frenz verweist auf die Konsequenzen der Änderung in den Festsetzungen und informiert über die vorliegende Zustimmung des Investors. Frau Holtkamp gibt folgende Erklärung des Investors ab: „Der Bauträger erklärt für sich und seine Rechtsnachfolger, entgegen den Verpflichtungen aus dem Entwurf des städtebaulichen Vertrages zur Umsetzung von Planungszielen des Bebauungsplanes Nr. 34-1 „Ribbeckstraße/Blumenstr.“ im Rahmen der Umsetzung des Bebauungsplans auf die Verwendung von gelben und roten Verblendern zu verzichten. Der Städtebauliche Vertrag wird entsprechend angepasst werden.“

Hier würde die Änderung des städtebaulichen Vertrages bis zur STVV vorgenommen werden.

Nach weiteren Pro und Contra-Meinungen der Teilnehmern erfolgt die Abstimmung des Ergänzungsantrages von Herrn Dr. Seidel (siehe oben) 5/2/2.

geänderter Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Im Rahmen der Abwägung gemäß § 1 (6) BauGB wird über die Anregungen der Bürger und die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange einschließlich der vereinfachten Änderung zum Bebauungsplan Nr. 34-1 „Ribbeckstraße / Blumenstraße“ entsprechend entschieden (siehe Anlage 1a und 1b).
2. Der Bebauungsplan Nr. 34-1 „Ribbeckstraße / Blumenstraße“ wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen, die dazugehörige Begründung wird gebilligt (siehe Anlage 2).
3. Die Detailplanung für den Parkplatz ist mit den Denkmalbehörden abzu-

stimmen. Im Genehmigungsverfahren sind für den Parkplatz einschränkende Öffnungszeiten insbesondere in den Nachtstunden festzulegen.

Zusätzlicher Auftrag an die Verwaltung:

Der städtebauliche Vertrag ist auf der Grundlage der von der Verwaltung vorgebrachten Erklärung über die Zusagen des Investors bis zur STVV in die veränderte Form zu bringen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	2
Enthaltungen:	1

zu 3.4 Berliner Straße

zu 3.4.1 Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 35-3 Schwanenallee / Berliner Straße (Wiedervorlage)

Vorlage: 06/SVV/0388

FB Stadtplanung und Bauordnung

Frau Dr. von Kuick-Frenz erläutert nochmals die Inhalte der vorgegebenen Varianten und geht auf verschiedene Rückfragen der Teilnehmer ein. Auf die Nachfrage, weshalb ein B-Plan notwendig sei, teilt Frau Dr. von Kuick-Frenz mit, dass dieser als erforderlich angesehen wird, um potentielle Bebauung an der Schwanenallee nach § 34 BauGB auszuschließen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Variante A

1. Im Rahmen der Abwägung gemäß § 1 (6) BauGB wird über die Anregungen der Bürger und die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange zum Bebauungsplan Nr. 35-3 „Schwanenallee / Berliner Straße“ entsprechend Anlage 1,1.0,1a und 1b entschieden.
2. Der Bebauungsplan Nr. 35-3 „Schwanenallee / Berliner Straße“ wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen, die dazugehörige Begründung wird gebilligt (s. Anlage 2).
3. Dem städtebaulichen Vertrag (s. Anlage 3) wird zugestimmt.

Variante B

1. Der Bebauungsplanentwurf ist entsprechend Variante 3 der Anlage 1.0 in der Weise zu ändern, dass Baurechte lediglich in der Front zur Berliner Straße festgesetzt werden. Die Abwägungsvorschläge sind unter Berücksichtigung dieser Entscheidung anzupassen und der Entwurf zum Beschluss für eine erneute öffentliche Auslegung vorzubereiten.
2. Drohende rechtliche Auseinandersetzungen zum Planungsrecht und/oder zu Erhaltungsverpflichtungen in Bezug auf das Baudenkmal werden hingenommen.

Abstimmungsergebnis zur Variante A:

Ja-Stimmen:	0
Nein-Stimmen:	6
Enthaltungen:	3

Abstimmungsergebnis zur Variante B:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	1

zu 3.4.2 Denkmalgerechte Sanierung Villa Schöningen (Wiedervorlage)

Vorlage: 05/SVV/1009

Fraktion Grüne/B90

Frau Hüneke greift die aktuelle Beschlusslage zum B-Plan 35-3 auf und zieht ihren Antrag zurück.

zu 3.5 Billigung der Abwägung und Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 99 'Horstweg Ost' (Wiedervorlage)

Vorlage: 06/SVV/0296

FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

Frau Dr. von Kuick-Frenz teilt mit, dass die Vorlage im Kleingartenbeirat zwischenzeitlich vorgestellt worden ist und dort Zustimmung gefunden habe.

Herr Jäkel gibt ergänzende Informationen aus der Behandlung im OUL-Ausschuss sowie aus dem Kleingartenbeirat (Defizite im Raum Babelsberg).

Herr Kahle präzisiert, dass über den Städtebaulichen Vertrag zu regeln ist, dass erst die Baugenehmigung und gesicherte Finanzierung vorliegen muss, bevor eine Räumung der Flächen erfolgt.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Das Abwägungsergebnis der Stellungnahmen zur öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanentwurfes Nr. 99 „Horstweg Ost“ wird gebilligt. (siehe Anlage 2)
2. der Bebauungsplan Nr. 99 „Horstweg Ost“ wird gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen und die dazugehörige Begründung gebilligt. (siehe Anlage 3)

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	2
Enthaltungen:	1

zu 3.6 Billigung der Abwägungsergebnisse, Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 81 Park im Bornstedter Feld und Billigung der Gesamt-Eingriffs-Ausgleichs-Bilanzierung Bornstedter Feld mit 2 Fortschreibungen (Wiedervorlage)

Vorlage: 06/SVV/0364

FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

Herr Lehmann (FB Stadterneuerung und Denkmalpflege) greift die in der vergangenen Sitzung geäußerte Kritik auf und verweist auf die ausgereichten Austauschseiten (Anlage 1 neu, Inhaltsverzeichnis Anlage 2 neu, S. 32 und 34 der Begründung zum B-Plan neu).

Herr Jäkel informiert aus dem OUL-Ausschuss; hier ist mit 11/0/0 Zustimmung erfolgt.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Das Abwägungsergebnis der Stellungnahmen zur frühzeitigen Bürgerbeteiligung, zu der öffentlichen Auslegung und zu den vereinfachten Änderungen des Bebauungsplan Nr. 81 „Park im Bornstedter Feld“ werden gebilligt (s. Anlage 2).
2. Der Bebauungsplan Nr. 81 „Park im Bornstedter Feld“ wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen und die dazugehörige Begründung gebilligt (Anlage 3).
3. Die Gesamt-Eingriffs-Ausgleichs-Bilanzierung Bornstedter Feld mit 2 Fortschreibungen wird gebilligt (s. Anlage 4)

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	1

zu 3.7 Billigung der Abwägungsergebnisse und Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 80.1 Rote Kaserne West / Biosphäre (Wiedervorlage)

Vorlage: 06/SVV/0365

FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

Auch hier informiert Herr Lehmann (FB Stadterneuerung und Denkmalpflege) bzgl. des in der vergangenen Sitzung geäußerten Korrekturbedarfes über ausgereichte Austauschseiten (Anlage 1 neu, Anlage 2 – Inhaltsverzeichnis neu).

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Abwägungsergebnisse der Stellungnahmen zur frühzeitigen Bürgerbeteiligung und zur öffentlichen Auslegung und des Bebauungsplanes Nr. 80.1 „Rote Kaserne West / Biosphäre“ werden gebilligt (Anlage 2).
2. Der Bebauungsplan Nr. 80.1 „Rote Kaserne West / Biosphäre“ wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen und die dazu gehörige Begründung gebilligt (Anlage 3).

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	1

zu 3.8 Eigenheimsiedlung an der Kirschallee

zu 3.8.1 Billigung der Abwägung und Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan 54 A Eigenheimsiedlung an der Kirschallee (Wiedervorlage)

Vorlage: 06/SVV/0369

FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

Herr Jäkel informiert, dass auch zu dieser und der folgenden Vorlage Verständi-

gung im Kleingartenbeirat erfolgt ist und berichtet kurz dazu.

Rückfragen gibt es keine, so dass die Abstimmung erfolgt.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Das Abwägungsergebnis der Stellungnahmen zur öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange des Bebauungsplanentwurfes Nr. 54 A „Eigenheimsiedlung an der Kirschallee“ wird gebilligt (siehe Anlage 2).
2. Der Bebauungsplan Nr. 54 A „Eigenheimsiedlung an der Kirschallee“ wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen und die dazugehörige Begründung gebilligt (siehe Anlage 3).
3. Die Inanspruchnahme der Kleingärten, die sich auf den im Eigentum der Stadt Potsdam stehenden Grundstücken befinden, erfolgt nur nach Maßgabe eines Konzeptes, das der SVV noch zur Beschlussfassung vorzulegen ist. Das Konzept wird auf der Grundlage des in der Mitteilungsvorlage „Abwägungs- und Auslegungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 54 A „Eigenheimsiedlung an der Kirschallee“, Berichterstattung zur Erfüllung des Beschlusses 05/SVV/0606“ dargestellten Sachstandes erarbeitet.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	1

zu 3.8.2 Billigung der Abwägung und Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan 54 B Nördliche Eigenheimsiedlung an der Kirschallee (Wiedervorlage)

Vorlage: 06/SVV/0371

FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

siehe vorigen TOP

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Das Abwägungsergebnis der Stellungnahmen zur öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange des Bebauungsplanentwurfes Nr. 54 B „Nördliche Eigenheimsiedlung an der Kirschallee“ wird gebilligt (siehe Anlage 2).
2. Der Bebauungsplan Nr. 54 B „Nördliche Eigenheimsiedlung an der Kirschallee“ wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen und die dazugehörige Begründung gebilligt (siehe Anlage 3).
3. Die Inanspruchnahme der Kleingärten, die sich auf den im Eigentum der Stadt Potsdam stehenden Grundstücken befinden, erfolgt nur nach Maßgabe eines Konzeptes, das der SVV noch zur Beschlussfassung vorzulegen ist. Das Konzept wird auf der Grundlage des in der Mitteilungsvorlage „Abwägungs- und Auslegungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 54 A „Eigenheimsiedlung an der Kirschallee“, Berichterstattung zur Erfüllung des Beschlusses 05/SVV/0606“ dargestellten Sachstandes erarbeitet.

Abstimmungsergebnis:
Ja-Stimmen: 7
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 1

zu 3.10 Kinderspielplatzsatzung der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 06/SVV/0290

FB Grün- und Verkehrsflächen
mit Änderungsantrag der Fraktion FAMILIEN-PARTEI

Herr Jäkel informiert aus dem OUL-Ausschuss, dass der Änderungsantrag der Familien-Partei keine Mehrheit gefunden habe (1/10/1).

Auch im SB-Ausschuss stimmt eine deutliche Mehrheit gegen den Änderungsantrag der Familien-Partei.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Kinderspielplatzsatzung der Landeshauptstadt Potsdam in der Fassung gemäß Anlage 1.

Abstimmungsergebnis:
Ja-Stimmen: 9
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

zu 3.11 22. Änderung des Flächennutzungsplans und Auslegungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 32 Innovationspark Michendorfer Chaussee

Vorlage: 06/SVV/0368

FB Stadtplanung und Bauordnung

Frau Dr. von Kuick-Frenz gibt einleitende Erläuterungen zur Vorlage.

Rückfragen gibt es nicht.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die öffentliche Auslegung der 22. Änderung des Flächennutzungsplans im Parallelverfahren gemäß § 8 Abs. 3 BauGB ist durchzuführen (s. Anlage 2).
2. Die öffentliche Auslegung des Bebauungsplans Nr. 32 „Innovationspark Michendorfer Chaussee“ ist gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durchzuführen (s. Anlagen 1 und 3).

Abstimmungsergebnis:
Ja-Stimmen: 8
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 1

zu 3.12 Aufhebung des Satzungsbeschlusses vom 01.04.1997 und erneuter Abwägungs- und Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 4 Gewerbegebiet 2, OT Satzkorn

Vorlage: 06/SVV/0381

FB Stadtplanung und Bauordnung

Frau Holtkamp (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) bringt die Vorlage ein und informiert über die als Tischvorlage ausgereichte aktuelle Fassung des Städtebaulichen Vertrages (heute in der Schlussfassung vom Vorhabenträger unterschrieben).

Herr Kleinert nimmt Bezug auf die Pflanzliste (Ausgleichsumfang) und macht deutlich, dass sich die Pflanzung von Birnen schädlich auf in der Nähe gepflanzte Apfelbäume auswirkt (Schädlingsbefall). Er bittet dies zu berücksichtigen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 4 „Gewerbegebiet 2“ vom 01.04.1997 wird aufgehoben.
2. Im Rahmen der Abwägung gemäß § 1 Abs. 6 BauGB wird nur über die im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung vorgebrachten Anregungen der Bürger und eingegangenen Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange zum geänderten Bebauungsplan Nr. 4 „Gewerbegebiet 2“, OT Satzkorn entsprechend Anlage 1 und 1A entschieden. Die Abwägungsentscheidung der ehemaligen Gemeindevertretung Satzkorn vom 01.04.1997 behält ansonsten ihre Gültigkeit.
3. Der Bebauungsplan Nr. 4 „Gewerbegebiet 2“, OT Satzkorn wird in der geänderten Fassung gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen, die dazugehörige Begründung wird gebilligt (s. Anlage 2).
4. Dem städtebaulichen Vertrag zur Sicherung der Ausgleichsmaßnahmen (§ 11 BauGB) im Zusammenhang mit dem Bebauungsplan Nr. 4 „Gewerbegebiet 2“, OT Satzkorn, wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 9

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

zu 3.13 Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 106 An der Hauptstraße/Haseleck, OT Marquardt

Vorlage: 06/SVV/0389

FB Stadtplanung und Bauordnung

Frau Holtkamp (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) bringt die Vorlage ein. Ziel der Planung ist die Realisierung von 20 – 25 Wohneinheiten.

Auf Nachfrage von Herrn Jäkel wird informiert, dass die Einordnung des B-Planverfahrens in die Priorität 1 bereits durch den Beschluss der STVV 06/SVV/0139 erfolgt sei.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Bebauungsplan Nr. 106 „An der Hauptstraße/Haseleck“ ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB aufzustellen (s. Anlage 1).
2. Das Bauleitplanverfahren ist mit der Priorität 1 entsprechend dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Vereinbarung von Priorität-

ten für die Verbindliche Bauleitplanung, hier: Aktualisierung der Prioritätenfestlegung (DS 06/SVV/0139), durchzuführen (s. Anlage 2).

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 9
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

zu 4 Überweisungen - Anträge der Fraktionen

zu 4.1 Konzepte für wichtige Straßenbaumaßnahmen

Vorlage: 06/SVV/0237

Fraktion Grüne/B90

Frau Hüneke bringt den Antrag ein.

Herr Lehmann hält es für sinnvoll einen Kompromiss zu finden, welche Maßnahmen (Größenordnung) wichtig sind.

Frau Dr. von Kuick-Frenz sichert für die Verwaltung zu, diesem Auftrag zu entsprechen.

Herr Jäkel beantragt für ein besseres Verständnis die Worte - die für die Verkehrserschließung von Bedeutung sind – zu ergänzen.

Frau Hüneke übernimmt den Antrag, damit wird der ergänzte Beschlussvorschlag abgestimmt:

ergänzter Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass die Konzepte für wichtige Straßenbaumaßnahmen rechtzeitig vor Verabschiedung der Planung im Ausschuss für Stadtplanung und Bauen vorgestellt werden.

Wichtige Straßenbaumaßnahmen sind solche, die für die Verkehrserschließung von Bedeutung sind bzw. bei denen Straßenbäume sowie Natursteinpflasterstraßen betroffen sind und/oder die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen nach Satzung erforderlich wird.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 8
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 1

zu 5 Mitteilungsvorlagen

zu 5.1 Radweg Drewitzer Straße

Vorlage: 06/SVV/0417

FB Grün- und Verkehrsflächen

Frau Dr. von Kuick-Frenz geht auf kurze Nachfragen ein. Sie informiert, dass durch die Verwaltung im Spätherbst 2006 eine erneute Berichterstattung erfolgt.

Der SB-Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

zu 6 Berichte und Informationen

zu 6.1 Berichterstattung zum Arbeitsstand der AG Natursteinpflasterstraßen (sh. Bitte Fraktion Bündnis 90/Grüne im SB-Ausschuss 17.1.06)

FB Grün- und Verkehrsflächen

In Abstimmung zwischen Verwaltung und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird die BE auf September 06 verschoben.

zu 6.2 BE zum Ausbauvorhaben 'Nuthedamm' in Drewitz

FB Grün- und Verkehrsflächen

Frau Woiwode (Bereich Verkehrsflächen) stellt anhand der Karte die Grundzüge der Planung dar. Sie informiert weiterhin über die durchgeführten Anhörungen (von 39 angehörten Anliegern haben sich 7 dagegen ausgesprochen).

Auf einzelne Nachfragen der Teilnehmer wird durch die Verwaltung eingegangen.

zu 6.3 BE aus der übergreifenden Arbeitsgruppe 'Werbesatzungen' (sh. Festlegung im SB-A. 21.2.06)

FB Stadtplanung und Bauordnung

Der Ausschussvorsitzende informiert über die Bitte Herrn Dr. Seidels die Berichterstattung auf eine Juni-Sitzung zu verschieben, da dieser gern dabei sein möchte.

zu 6.4 Information zur Neuaufstellung des FNP

FB Stadtplanung und Bauordnung

Der Faltplan Flächennutzungsplan (Stand April 2006) liegt den Teilnehmern vor.

Rückfragen werden nicht gestellt.

zu 6.5 BE zum Stand der Erarbeitung des Entwurfs einer Denkmalbereichssatzung für den historischen Dorfkern von Kartzow (sh. Beschluss 04/SVV/0723)

FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

Frau Dr. von Kuick-Frenz geht kurz auf die in der STVV aufgetretenen Irritationen ein. Sie informiert, dass die Verwaltung für die Aufbereitung der Datenlage noch mehr Zeit benötigt, wenn eine entsprechend qualitative Vorlage eingebracht werden soll. Es wird angestrebt die Denkmalbereichssatzung für den historischen Dorfkern von Kartzow in der Sitzung Ende September vorzulegen.

zu 6.6 BE Erarbeitungsstand Analyse des Einsatzes öffentlicher Mittel im Bereich der Stadtentwicklung für den Zeitraum seit 1990 gem. Beschluss STVV 05/SVV/0708

Frau Dr. von Kuick-Frenz teilt mit, dass die Verwaltung anstrebt die Vorlage in der Augustsitzung zu präsentieren. Die Grobübersicht wird diesem Protokoll beigelegt.

Auf kurze Rückfragen der Teilnehmer wird eingegangen.

zu 7 Sonstiges

Herr Jäkel nimmt Bezug auf die großflächigen Abrissmaßnahmen in der Fr.-List-

Str./Zentrum Ost neben der Mühle und bittet um Informationen dazu.

Frau Dr. von Kuick-Frenz erklärt, dass die Information in der 1. Juni-Sitzung des SB-Ausschusses gegeben wird.